

»Die EU treibt Handel mit armen Regionen voran«

Europäische Union will Freihandelsvertrag mit Lateinamerika vereinbaren. Nicaragua sagt Nein. Ein Gespräch mit William Rodriguez

Interview: Anna Dobelmann/Lydia Koblofsky



Unser Gesprächspartner

William Rodriguez ist Mitglied im nicaraguanischen Netzwerk »otro mundo es posible« (Eine andere Welt ist möglich)

Sie waren als Vertreter des nicaraguanischen Netzwerks »otro mundo es posible« (Eine andere Welt ist möglich) auf einer Vortragsreise in der BRD. Worum ging es dabei?

Wir wollten über die negativen Folgen eines geplanten EU-Assoziierungsabkommens mit Zentralamerika informieren. Im Rahmen der sogenannten Global-Europe-Strategie treibt die Europäische Union (EU) derzeit den Handel durch mehrere Freihandelsabkommen mit armen Regionen der Welt voran. Erklärtes Ziel ist es, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen zu stärken. Damit möchte die EU in Konkurrenz zu den USA und China ihre geostrategischen Interessen in Zentralamerika sichern.

Was kritisieren Sie konkret an dem Assoziierungsabkommen, über das ab dem heutigen Montag in Brüssel verhandelt wird?

Das Abkommen ist eine Initiative der EU, um die wir nie gebeten haben. Es enthält eine Vielzahl von Fallstricken und wird unsere Länder abhängiger und die Bevölkerungen ärmer machen. Der Vertrag beruht auf drei Säulen: politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und Freihandel. Letzlich geht es jedoch vor allem um Freihandel; der Rest dient dazu, dem Vertrag ein menschliches Antlitz zu geben.

Was ist denn gegen Freihandel einzuwenden?

Ein Teil davon ist beispielsweise der Schutz geistigen Eigentums, den das Abkommen garantiert. Damit wird unter anderem die Produktion von Generika-Medikamenten, also preisgünstigen Arzneimitteln, verboten, da diese das Patentrecht verletzen würden. Dadurch können sich große Teile der armen Bevölkerung lebensnotwendige Medikamente nicht mehr leisten. Ein anderer Punkt betrifft die Liberalisierung des öffentlichen Beschaffungswesens. Die zwingt einheimische Firmen dazu, bei Aufträgen mit transnationalen Konzernen zu konkurrieren. Zudem sollen nichttarifäre Handelshemmnisse, wie Arbeitsschutzrechte oder Umweltstandards abgeschafft werden.

Welche Folgen für die Menschen in Lateinamerika wird das Abkommen haben?

Wir werden noch abhängiger von ausländischen Konzernen. Zu befürchten sind auch negative Auswirkungen auf die Umwelt. Schon jetzt wenden europäische Unternehmen bei uns im Fischfang oder Bergbau Techniken an, die in der EU wegen ihrer Umweltschädlichkeit verboten sind.

Nun ist das EU-Assoziierungsabkommen ja nicht das erste Freihandelsabkommen zwischen lateinamerikanischen Staaten und westlichen Industrieländern. Gibt es bei anderen Verträgen weniger negative Konsequenzen?

Nein, die bestätigen unsere Befürchtungen. So haben mehrere zentralamerikanischen Staaten vor einigen Jahren das Freihandelsabkommen »Dominican Republic-Central America Free Trade Agreement« (DR-CAFTA) mit den USA geschlossen. Seitdem werden unsere Märkte mit subventionierten Agrarprodukten aus den USA überschwemmt. Auch hier sind die Folgen katastrophal. Viele unserer Bauern können nicht konkurrieren, sie verlassen ihre Felder und landen nicht selten in den Armenviertel der Städte. Die Privatisierung und Profitorientierung in Bereichen wie Nahrung, Wasser oder Gesundheit gefährdet die Existenz vieler Menschen in Zentralamerika.

Nicaragua hat sich nun aus den Verhandlungen mit der EU zurück gezogen. Damit dürfte sich doch zumindest für Ihr Land das Thema erledigt haben.

So einfach ist es leider nicht. Natürlich haben wir uns über die Entscheidung von Präsident Daniel Ortega gefreut. Doch die Regierung Nicaraguas wird weiter verhandeln, denn sie steht unter starkem Druck der anderen Länder Zentralamerikas – und natürlich auch der EU, die erpresserisch auf die geleistete Entwicklungshilfe verweist.

Was erhoffen Sie sich in diesem Zusammenhang von den Menschen in Europa?

Mit unserer Tour durch Deutschland wollten wir die Bevölkerung für dieses Thema sensibilisieren. Ich hoffe, daß sich die Menschen mit uns solidarisieren. Die europäischen Regierungen haben versucht, die Verhandlungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu führen. In Brüssel wird ab heute bis zum 10. Juli die letzte Verhandlungsrunde stattfinden. Wir können nicht alle nach Europa kommen, deshalb müßt ihr jetzt protestieren.